

Auf Distanz zum Green Deal – wie Brüssel jetzt unseren Wohlstand sichern will

Welt, 16.04.2024, Stefan Beutelsbacher

https://www.welt.de/wirtschaft/plus251045526/EU-Der-Masterplan-des-Ratspraesidenten-fuer-Europas-Wohlstand.html?sc_src=email_5791672&sc_lid=578081059&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=2709&sc_cid=5791672&cid=email.crm.lc.eg.wp.nl.nl.em.wirtschaft.5791672&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Die EU fokussierte sich lange allein darauf, den Kontinent klimaneutral zu machen. Doch schon die bisherigen Weichenstellungen belasten absehbar Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit. Nun endlich scheint auch in Brüssel ein Umdenken einzusetzen. An der Spitze: Ratspräsident Charles Michel.

Die Zahlen verheißen nichts Gutes. Jahrelang war die europäische Wirtschaft ungefähr so stark wie die amerikanische. Doch ab dem Jahr 2011 drifteten die beiden Ökonomien auseinander. Langsam zuerst, dann immer schneller. Schon 2025, sagen Experten des Internationalen Währungsfonds voraus, dürfte das Bruttoinlandsprodukt der USA um fast 50 Prozent höher liegen als das der EU. Der alte Kontinent wird abgehängt.

Wie lässt sich der Rückstand aufholen? Wie kann die EU Unternehmen anlocken, Arbeitsplätze schaffen, den Wohlstand sichern? Solche Fragen schienen für Brüsseler Politiker und Beamte zuletzt zweitrangig gewesen zu sein. Sie konzentrierten sich auf den Green Deal, also den Plan, Europa in den ersten klimaneutralen Kontinent der Welt zu verwandeln. Doch nun denken manche um. Einer von ihnen ist EU-Ratspräsident Charles Michel. „Wir brauchen auch einen Deal für die Wettbewerbsfähigkeit“, sagt er zu WELT und anderen europäischen Medien.

Michel leitet die Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Brüssel, die großen nächtlichen EU-Gipfel, sein Wort hat Gewicht. An diesem Nachmittag empfängt er in einem Sitzungssaal des Europagebäudes, schwerer Teppich, vertäfelte Wände, blaue Flaggen mit goldenen Sternen. Michel, Belgier, spricht mal Französisch, mal Englisch, immer schnell.

„Es ist wichtig, dass wir den Binnenmarkt stärken“, sagt Michel. „Er muss zum innovativsten, fortschrittlichsten und grünsten Kraftzentrum der Welt werden.“ Der gemeinsame Wirtschaftsraum der EU-Staaten sei ein äußerst wertvolles Gut. „Unser Wohlstand, unsere Macht und unsere Autonomie“, so Michel, „leiten sich davon ab.“

Den Binnenmarkt stärken – was bedeutet das konkret? Michel will weniger Bürokratie, mehr Freihandel und einen besseren Fluss von Kapital über staatliche Grenzen hinweg. Der letzte Punkt ist ihm besonders wichtig. Europa, meint er, investiere zu wenig in die Technologien der Zukunft, zum Beispiel Elektroautobatterien und künstliche Intelligenz. Start-ups in der EU erhielten nicht einmal halb so viel Förderung wie Start-ups in den USA. „Um mehr Geld zu mobilisieren“, sagt Michel, „müssen wir endlich eine Kapitalmarktunion schaffen.“

Der freie Verkehr von Kapital ist eine der vier Grundfreiheiten des Binnenmarkts, neben dem freien Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen. Und doch bestehen – nach Jahrzehnten der Integration – noch immer Hindernisse. Es gibt nicht

einen europäischen Kapitalmarkt, sondern 27 davon, jeder mit seinen eigenen Steuerregeln und Aufsichtsbehörden. Für den Finanzplatz Europa ein Problem.

Und doch geht es bei dem Thema nicht voran. Die Kapitalmarktunion ist ein Phantom. Alle sprechen über das Vorhaben, aber niemand kann es präzise definieren, kann seine genaue Form beschreiben. Und viele fürchten sich vor ihm. Die EU-Staaten wollen keine Kompetenzen abgeben und blockieren das Projekt seit Jahren.

Europa droht Kampf um Unternehmen zu verlieren

Michels Diagnose ist richtig. Die EU droht den globalen Kampf um die Unternehmen von morgen zu verlieren. Im Jahr 2022, so zeigt es eine Untersuchung der Brüsseler Denkfabrik Strategic Perspectives, investierte China 538 Milliarden Dollar in klimafreundliche Technologien, Europa 180 Milliarden, Amerika knapp 140 Milliarden. Schaut man sich die Investitionen je Einwohner an, liegen die USA vorn, gefolgt von Japan. Die EU landet dann nur auf dem dritten Platz.

China führt der Untersuchung zufolge in vielen wichtigen Bereichen. Etwa bei der Herstellung von Solaranlagen. Mehr als drei Viertel aller Module auf der Welt kommen aus der Volksrepublik. Die EU hingegen importiert rund 85 Prozent ihrer Paneele. Bei Windrädern und Batterien für Elektroautos ist China ähnlich dominant. Die Experten von Strategic Perspectives halten diese Abhängigkeit für gefährlich. Europa sei verwundbar, meinen sie, dem Kontinent drohten Engpässe und Unterbrechungen.

Ein Grund für all das, meint Michel, sei auch die Bürokratie. „Die Kommission erlässt zu viele Vorschriften und belastet so die Wirtschaft“, sagt er. Nach Jahren des Regulierens scheint die EU jetzt – vorsichtig und tastend noch – umzuschwenken. Mehr und mehr Spitzenpolitiker wollen Auflagen aus den vergangenen Jahren wieder abschaffen. In dieser Woche soll es sogar einen EU-Sondergipfel zum Thema Wettbewerbsfähigkeit geben.

Im Zentrum der ganzen Debatte steht die Frage nach der Balance, nach Maß und Mitte: Geht die EU beim Klimaschutz zu weit und vernachlässigt die Wirtschaft? Ob Weltkonzerne, Mittelständler oder Landwirte – alle klagen über immer neue Öko-Regeln aus Brüssel. Und einige haben schon angekündigt, Europa zu verlassen und lieber in Amerika zu investieren.

Kürzlich forderten auch die Wirtschaftsminister Deutschlands, Frankreichs und Italiens einen Abbau von Bürokratie. Bruno Le Maire, der Franzose, wurde bei einem Treffen nahe Paris besonders konkret. Er schlug vor, die Schwelle, ab der Unternehmen in der EU nicht mehr als klein oder mittelgroß gelten, anzuheben: von 250 auf 500 Angestellte. Das klingt technisch, aber es wäre eine kleine Revolution. Viele europäische Gesetze gelten nur für Firmen ab dieser Mitarbeiterzahl. Solche, die weniger Personal haben, werden von Verordnungen und Richtlinien oft nicht erfasst.

In den vergangenen Monaten sorgten gleich mehrere EU-Gesetze für Aufregung. Etwa die Lieferkettenrichtlinie, nach der Unternehmen kontrollieren müssen, ob ihre Geschäftspartner in anderen Teilen der Erde Menschenrechte einhalten und die

Umwelt schützen. Oder die Nachhaltigkeitsberichterstattung, die Firmen verpflichtet, die Folgen ihres Handelns für die Natur und die Gesellschaft zu analysieren.

Der Green Deal, einst von fast allen politischen Parteien gefeiert, sorgt für Unruhe. Bei Politikern, Managern und Millionen von Bürgern, die keine Verbrenner mehr fahren und weniger aus Pappbechern trinken sollen. EU-Abgeordnete und nationale Regierungen stellen sich zusehends an die Seite der Unternehmen. Und der Sondergipfel diese Woche – geleitet von Charles Michel – könnte weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft auf den Weg bringen.